

# Antrag

## AUF ÜBERNAHME EINER AUSFALLBÜRGSCHAFT

### 1. \*ANTRAGSTELLER

(Bei Gesellschaften persönliche Angaben für jeden Gesellschafter auf Beiblatt erbeten)

Name/Firma ..... Betriebssitz .....

.....

..... Investitionsstandort .....

.....

Wohnsitz..... E-Mail.....

..... Telefon .....

Ich bzw. mein Unternehmen haben früher schon einmal einen Bürgschaftsantrag bei der Bürgschaftsbank gestellt:  Ja, ..... (Jahr)  Nein

### 2. BETRIEBLICHE VERHÄLTNISSSE

Branche ..... zuständiger Verband.....

zuständige Kammer ..... \*Existenzgründung  ja  nein

Datum der Betriebsgründung/-übernahme.....

Beschäftigte: Inhaber/Meister ..... kfm. Angestellte ..... gewerbl. Arbeitn. .... Azubi..... Aushilfen.....

Davon Anzahl der mitarbeitenden Familienangehörigen.....

### 3. MITTELBEDARF (ohne MwSt.)

	TEUR	FINANZIERUNG	TEUR
*Grundstücks-/Baukosten	.....	*Barkapital	.....
*Firmenwert	.....	*Eigenleistungen	.....
*Maschinen	.....	Programmkredit	.....
*Inventar	.....	Programmkredit	.....
*Fahrzeuge	.....	Eigendarlehen Hausbank	.....
*Warenlager	.....	Sonstige Darlehen	.....
*Avale	.....	Avalkredit	.....
*Betriebsmittel (z. B. Forderungen, Ablösung von Verbindlichkeiten)	.....	Kontokorrentkredite	.....
Gesamt	.....	Gesamt	.....

### 4. \*PRIVATE VERMÖGENSWERTE

(Antragsteller/Ehepartner sowie ggf. aller Gesellschafter gemäß beigefügter Selbstausskunft/Selbstausskünfte)

### 5. ANLAGEN (siehe auch Checkliste)

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre (auch verbundener Unternehmen)  | <input type="checkbox"/> Mietvertrag (ggf. Entwurf) | <input type="checkbox"/> Lebenslauf (tabellarisch) |
| <input type="checkbox"/> Betriebswirtschaftliche Auswertung (inkl. Summen- und Saldenliste)   | <input type="checkbox"/> Übernahmevertrag           | <input type="checkbox"/> Kapitaldienstermittlung   |
| <input type="checkbox"/> Kostenvoranschläge (wesentliche Investitionen)   | <input type="checkbox"/> Ertragsvorschau            | <input type="checkbox"/> Legitimationsdaten        |
| <input type="checkbox"/> Betriebskonzept<br>(Produktions-/Handelsprogramm, Kundenkreis, Lieferanten, Vertriebsform, Standort, Wettbewerb u. ä.) | <input type="checkbox"/> Selbstausskunft            | <input type="checkbox"/> .....                     |

## 6. ERKLÄRUNGEN

- Ich/Wir bestätige(n), die Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen erhalten zu haben und erkenne(n) sie an.
- Zwangsmaßnahmen jeglicher Art (z. B. Eidesstattliche Versicherung, Scheck-/Wechselprotest und/oder Vergleichs-/Konkurs-/Insolvenzverfahren) sind nicht vorgekommen/eingeleitet/in einer Anlage erläutert. Sämtliche Verbindlichkeiten einschließlich Bürgschaften und Indossamentsverpflichtungen sind, soweit sie nicht aus den eingereichten Bilanzen oder Summen- und Saldenlisten im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Auswertungen oder der Selbstauskunft hervorgehen, in einem separaten Beiblatt aufgeführt. \*
- Mir/Uns ist bekannt, dass den Bürgschaften der Bürgschaftsbank Hessen GmbH Subventionen des Bundes und des Landes zugrunde liegen. Sie sollen gewährt werden, um die Kreditfähigkeit mittelständischer Unternehmen zu erhöhen. Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir/uns zu den in diesem Antrag mit \* gekennzeichneten Punkten angegebenen Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind. Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt. Auf die besonderen Mitteilungspflichten nach § 3 Subventionsgesetz bin ich/sind wir hingewiesen worden. Eine Bürgschaftsübernahme erfolgt nach den geltenden EU-Bestimmungen.
- Ich/Wir erkläre(n) schon jetzt, dass ich/wir im Falle des Zustandekommens des Bürgschaftsverhältnisses auf die Einrede der Verjährung bis 30 Jahre nach dem jeweiligen gesetzlichen Verjährungsbeginn verzichte(n).
- Mir/Uns ist bekannt, dass sich die Bürgschaftsbank Hessen GmbH (im Folgenden Bürgschaftsbank genannt) elektronischer Datenverarbeitungssysteme bedient. Ich/Wir willige(n) hiermit ein, dass die Bürgschaftsbank die von mir/uns zur Verfügung gestellten oder zusätzlich über mich/uns bzw. die Hausbank erhobenen personenbezogenen Daten (Daten) zum Zweck der Bearbeitung meiner/ unserer Anfrage, meines/ unseres Bürgschaftsantrages, der Entscheidung, ob eine Bürgschaftsübernahme für mein/ unser Vorhaben möglich ist, in der Bürgschaftsverwaltung und bei deren Abwicklung verarbeitet. Diese Einwilligung bezieht sich auch auf die statistische Auswertung dieser Daten durch die Bürgschaftsbank einschließlich der Verarbeitung der Daten zur Erstellung und Weiterentwicklung eines Systems zur Ermittlung meiner/ unserer Kreditwürdigkeit (Scoring/Rating).

Soweit sich die Bürgschaftsbank im Rahmen einer Auftragsverarbeitung externer Dienstleistungsunternehmen bedient (z. B. für EDV-Dienstleistungen, Scoring-/Rating-Systeme), dürfen diese die Daten nur nach Weisung der Bürgschaftsbank zu den oben genannten Zwecken verarbeiten.

Ferner willige(n) ich/wir ein, dass die Bürgschaftsbank berechtigt ist, nach Antragstellung und zur Risikobewertung und -steuerung (z. B. Scoring/Rating) Bonitätsdaten über mich/uns bei Dritten (z. B. Creditreform Rating AG oder SCHUFA Holding AG) und Stellungnahmen von am Bürgschaftsverfahren beteiligten Stellen (z. B. Banken, Kammer, Verbänden, Behörden des Bundes/Landes) einzuholen, zu verarbeiten und diesen beteiligten Stellen Daten aus der Anfrage-/Antragsbearbeitung und Bürgschaftsverwaltung und -abwicklung sowie diesbezügliche Entscheidungen zu übermitteln. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir die Bürgschaftsbank und die beteiligten Stellen von ihren Verschwiegenheitspflichten.

Ich/wir versichere(n), berechtigt zu sein, auch für alle weiteren in der Anfrage/ im Antrag genannten Personen Angaben machen zu dürfen.

Insbesondere bei der Übernahme von Bürgschaften für Kredite und Garantien für Beteiligungen, bei Eintreten des Bürgschafts- bzw. Garantiefalles, bei Vertragsänderungen, bei Vergleichen, Stundungen, Niederschlagungen und Erlassen gem. Bundes- bzw. Landeshaushaltsordnung werden Daten an das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), das Bundesfinanzministerium (BMF) und das jeweilige Landeswirtschafts- und Landesfinanzministerium übertragen. Auch hierzu erteile/n ich/wir meine/unsere Einwilligung.

Es ist mir/uns bekannt, dass weitere Informationen zum Umgang mit meinen / unseren Daten beim BMWi, BMF und den Landeswirtschafts- und Landesfinanzministerien auf der Homepage der jeweiligen Bundesministerien und der jeweiligen Landesministerien unter dem Stichwort „Datenschutzerklärung“ bzw. „Datenschutzhinweise“ einsehbar sind.

## Widerrufsbelehrung

Mir/Uns ist bewusst, dass ich/wir diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft unter [info@bb-h.de](mailto:info@bb-h.de) oder Fax: 0611-150722 oder der auf dem Formular angegebenen Postanschrift widerrufen kann/können.

Ungeachtet der Ausübung des Widerrufsrechtes bin ich/wir darüber unterrichtet und damit einverstanden, dass die BB-H und die beteiligten Stellen berechtigt sind die Daten auch weiterhin zu verarbeiten, soweit dies für die weitere Vertragserfüllung (Bürgschaftsverwaltung und -abwicklung) notwendig ist.

....., den .....  
Ort ..... Unterschrift der(s) Antragsteller(s)

## 7. KOSTEN, LASTSCHRIFTEINZUG

Bearbeitungsentgelt und Bürgschaftsprovision richten sich nach dem zum Zeitpunkt des Antragseingangs bei der Bürgschaftsbank gültigen Preis- und Konditionenverzeichnis, das im Internet unter [www.bb-h.de](http://www.bb-h.de) abrufbar und in den Geschäftsräumen der Bürgschaftsbank Hessen eingesehen werden kann. Weitere Angaben sind in Ziffer 3 unserer Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen ersichtlich.

Der/Die Antragsteller erteilt/erteilen der Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden, wie folgt ein SEPA-Basislastschriftmandat.

# Erteilung eines SEPA-Basislastschriftmandats

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE94ZZZ00000042024

Mandatsreferenz: ..... (wird von der Bürgschaftsbank Hessen GmbH ausgefüllt!)

Ich/Wir ermächtige/n die Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Zahlungen von meinem/ unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein/ unser Kreditinstitut an, die von der Bürgschaftsbank Hessen GmbH auf mein/ unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/ unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....  
Firma/Vorname und Nachname (Kontoinhaber)

.....  
Straße und Hausnummer

.....  
Postleitzahl und Ort

.....  
Kreditinstitut

DE \_\_\_\_\_ | \_\_\_\_\_ | \_\_\_\_\_ | \_\_\_\_\_ | \_\_\_\_\_ | \_\_\_\_\_  
IBAN

\_\_\_\_\_ | \_\_\_\_\_  
BIC

....., den .....  
Ort rechtsverbindliche Unterschrift/en (Firmenstempel)

.....  
Name/n in Druckbuchstaben

Dieses SEPA-Basislastschriftmandat gilt für alle Zahlungen aus Verträgen mit  
(Nur auszufüllen, falls abweichend vom Kontoinhaber)

.....  
Firma/Vorname und Nachname

.....  
Straße und Hausnummer

.....  
Postleitzahl und Ort

**1. BÜRGSCHAFTSKREDITBEDARF**

Kreditart	Laufzeit	Kreditsumme	Bürgschaftsbetrag (max. 80 %)	
a) .....	.....	.....	.....	
b) .....	.....	.....	.....	
c) .....	.....	.....	.....	
d) .....	.....	.....	.....	
Zinssatz	Rate/Annuität	mtl./vj./hj./j.	1. Rate am	letzte Rate am
a) .....	.....	.....	.....	.....
b) .....	.....	.....	.....	.....
c) .....	.....	.....	.....	.....
d) .....	.....	.....	.....	.....

(zutreffendes bitte kennzeichnen)

**2. SICHERHEITEN FÜR BÜRGSCHAFTSKREDIT(E)**

- a) Grundschuld über EUR ..... eingetragen im Grundbuch von .....  
 Band ..... Blatt ..... Verkehrswert EUR ..... Valuta der Vorlasten EUR .....  
 (Aufgliederung der Vorlasten mit Angabe des Gläubigers, der Verzinsung und Tilgung auf separater Anlage unbedingt erforderlich.)
- b) Sicherungsübereignung von ..... Zeitwert EUR .....
- c) Abtretung von Lebensversicherungen  Risiko  Kapital  
 Vertragssumme EUR..... Rückkaufswert EUR .....
- d) Abtretungen/Verpfändungen von ..... EUR .....
- e) Übernahme von selbstschuldnerischen Bürgschaften durch  
 ..... EUR .....  
 (Vor- und Zuname, Beruf, Wohnadresse, aktuelle Bürgenbewertung erforderlich)
- f) Sonstige Sicherheiten ..... EUR .....

**3. NICHT VERBÜRGT KREDITE**

Bereits gewährte Kredite (betrieblich und privat) sowie Eigenobligokredite im Rahmen dieses Bürgschaftsantrages und deren Konditionen, Valuta, Limit, Tilgung, Sicherheit sind auf einem Beiblatt anzugeben (Aufgliederung entspr. Ziff. 1).

**4. ERKLÄRUNG**

- Wir bestätigen, die Identifizierungspflichten sowie sonstige relevante Vorschriften nach dem Geldwäschegesetz beachtet zu haben.
  - Bei Existenzgründungs- und Nachfolgefinanzierungen haben wir das Formular „Einwilligung zur Einholung einer SCHUFA-Auskunft“ (abrufbar auf der Internetseite unter [www.bb-h.de/Formulare](http://www.bb-h.de/Formulare)) vom Kreditnehmer unterschreiben lassen und zu unseren Kreditunterlagen genommen. Der Bürgschaftsbank ist auf Verlangen das Original oder eine Kopie zuzusenden.
- Sofern wir am SCHUFA-Verfahren teilnehmen, nehmen wir, nachdem die Forderung nach Inanspruchnahme der Bürgschaftsbank auf diese übergegangen ist und solange wir die Beitreibung der Forderung für diese betreiben, die Meldepflichten gegenüber der SCHUFA auch für die Bürgschaftsbank unter unserer eigenen SCHUFA-Kennziffer (FKZ) wahr.

**5. STELLUNGNAHME**

Gegen die Kreditgewährung bestehen keine Bedenken. Wir verpflichten uns, die Bürgschaftsbank zu informieren, sofern sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers nach Antragstellung wesentlich verschlechtern. Wir bestätigen, dass die zu verbürgenden Kredite bisher noch nicht gewährt sind.

Antrag wird unter Gremienvorbehalt der Hausbank gestellt.

..... , den .....

Bearbeiter(in) ..... Ort

.....

Telefon ..... Stempel/Unterschrift

# MERKBLATT

für die Übernahme von Bürgschaften  
durch die Bürgschaftsbank Hessen GmbH

## 1. ALLGEMEIN

Die Bürgschaftsbank Hessen GmbH übernimmt Ausfallbürgschaften für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen, sofern bankübliche Sicherheiten nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Ein Rechtsanspruch auf die Übernahme von Bürgschaften besteht nicht.

## 2. WAS WIRD VERBÜRGT?

Verbürgt werden Kredite, die der Finanzierung eines wirtschaftlich sinnvollen und vertretbaren Vorhabens dienen, insbesondere

- a) Investitionskredite zur Rationalisierung und Erweiterung bestehender Betriebe
- b) Betriebsmittelkredite
- c) Kredite im Zusammenhang mit Existenzgründungen oder der Übernahme von Betrieben
- d) Avalkredite (Gewährleistungs-, Durchführungs- und Anzahlungsbürgschaften) vornehmlich im Zusammenhang mit Inlandsgeschäften.

Kredite, die bereits vor Beantragung der Bürgschaft gewährt worden sind, können nicht verbürgt werden. Dasselbe gilt für Kredite zur Ablösung von Bankkrediten, es sei denn, dass mit dem zu verbürgenden Kredit Vorhaben betriebsgerecht finanziert werden sollen, deren erster Bilanzausweis nicht länger als drei Jahre zurückliegt. Die Verbürgung von Sanierungskrediten ist ausgeschlossen.

## 3. UMFANG DER BÜRGSCHAFT

Die Bürgschaften können bis zur Höhe von 80 % des Kreditbetrages übernommen werden, für Betriebsmittel- und Avalkredite bis zu 60 %. Die Bürgschaften können zusammen EUR 1.250.000,- nicht übersteigen.

## 4. LAUFZEIT DER BÜRGSCHAFT

Die Laufzeit der Bürgschaften kann bis zu 15 Jahre, bei Baudarlehen bis zu 23 Jahre betragen. Bei Kontokorrent- und Avalkrediten beträgt die Laufzeit bis zu 8 Jahre, bei diesen können bis zu 4 Freijahre vereinbart werden.

## 5. SICHERHEITEN

Für die verbürgten Kredite sind, soweit möglich, bankübliche Sicherheiten zu bestellen. Es wird davon ausgegangen, dass Ehepartner der Kreditnehmer mit eigenem Einkommen oder Vermögen eine Mithaftung übernehmen. Ferner ist eine Mitverantwortung der voll haftenden Gesellschafter erforderlich und ebenso von beschränkt haftenden Gesellschaftern, sofern sie maßgeblich am Kapital oder an der Geschäftsführung beteiligt sind.

## 6. ANTRAGSVERFAHREN

Bürgschaftsanträge sind auf einem Formblatt zusammen mit den banküblichen Unterlagen (vgl. Checkliste) bei der Hausbank einzureichen, die den Antrag zusammen mit einer eigenen Stellungnahme an die Bürgschaftsbank Hessen GmbH weiterleitet. Die Bürgschaftsbank ist berechtigt, bei den zuständigen fachlichen Organisationen kostenfreie Stellungnahmen zu dem Antrag einzuholen. Ggf. ist ein vom Antragsteller in Auftrag zu gebendes kostenpflichtiges Fachgutachten erforderlich.

## 7. KOSTEN

Bei Antragstellung ist ein einmaliges Entgelt in Höhe von z. Zt. 1,5 % des verbürgten Kreditbetrages zzgl. Mehrwertsteuer zu entrichten. Es wird mit Aushändigung der Bürgschaftsurkunde fällig.

Die laufende Bürgschaftsprovision beträgt z. Zt. 1,5 % p. a. des Kreditbetrages am 31. Dezember des Vorjahres, zzgl. Mehrwertsteuer. Im Jahr der Bürgschaftsübernahme beträgt die Provision 1/12 der Jahresprovision je angefangenem Monat.

## 8. DE-MINIMIS-BEIHILFEN

Wegen der beihilferechtlichen Punkte setzt sich die Bürgschaftsbank Hessen umgehend nach Antragseingang mit dem Antragsteller in Verbindung.